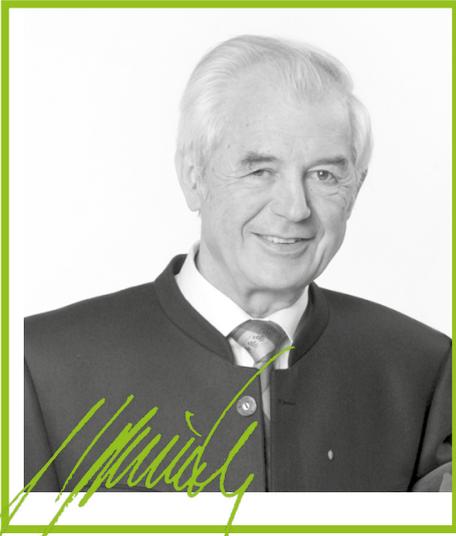


WEGWEISER FÜR DIE GENERATION KLIMAWANDEL



Grundsatzpapier – 30 Jahre Ökosoziale Marktwirtschaft



Josef Riegler
Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums

Die Ökosoziale Marktwirtschaft fußt ideengeschichtlich auf zwei Säulen: einerseits auf dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule, die eine Alternative sowohl zum Laissez-faire-Liberalismus als auch zur Planwirtschaft entwickelte. In diesem Konzept sollten Solidarität und Leistungsprinzip, Ordnungsprinzip und Dezentralismus miteinander versöhnt werden. Die zweite Säule, auf der unsere Idee aufbaut, ist die christliche Soziallehre. Ihre grundlegenden Prinzipien sind die Würde des Menschen, Solidarität als Lebensprinzip und Subsidiarität als Ordnungsprinzip.

Auf dieser Basis entstand in den späten 1940er Jahren das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, die das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs verbindet. Die Idee wurde vom langjährigen deutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit großem Erfolg in die politische Praxis umgesetzt. Sein 1957 geprägtes Motto „Wohlstand für alle“ wurde zum Synonym für eines der erfolgreichsten Wirtschaftsmodelle im freien Teil Europas.

Auf meinem persönlichen Weg zur Ökosozialen Marktwirtschaft waren darüber hinaus noch der erste Bericht des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ sowie der Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ prägend. Den entscheidenden Anstoß erhielt ich allerdings aus der praktischen politischen Erfahrung als erster Umwelt-Landesrat in der Steiermärkischen Landes-

regierung 1984 bis 1987. In dieser Aufgabe befand ich mich inmitten der heftigen Konfrontationen zwischen dem alten Industrieverständnis einerseits und der immer lauter werdenden Umweltbewegung andererseits. Beim Murgipfel im Jänner 1985 erklärte mir der Chef einer großen Papierfabrik: „Vergessen Sie Ihre Bescheide! Lieber bezahle ich die Strafen als die Investitionen für die hohen Umweltauflagen.“ Von da an beschäftigte mich die Frage, wie es gelingen könnte, dass sich die für die Umwelt notwendigen Maßnahmen auch betriebswirtschaftlich rechnen. Die Lösung: ökologische Kostenwahrheit, striktes Verursacherprinzip sowie Umbau bei Abgaben und Förderungen.

Mit diesem „geistigen Marschgepäck“ formulierte ich bei meiner Antrittsrede als Landwirtschaftsminister im Jänner 1987 erstmals die ökosoziale Idee: „Den Weg zur Neuorientierung sehen wir in einer ökosozialen Landwirtschaft, die ihre gesamtgesellschaftlichen Ziele durch eine ökonomisch leistungsfähige, ökologisch verantwortungsvolle und sozial orientierte bäuerliche Landwirtschaft erreicht.“

Der große Erfolg dieser Idee motivierte mich, daraus ein Konzept für die Weiterentwicklung der Sozialen zur Ökosozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. Beim Zukunftskongress der ÖVP am 25. November 1989 konnte ich ein fertig ausformuliertes Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft präsentieren. Das Ziel von Ökosozialer Marktwirtschaft ist eine durch politische Gestaltung immer wieder neu anzustrebende Balance zwischen einer leistungsfähigen, wettbewerbsstarken Marktwirtschaft, einer auf die Lebensverhältnisse auszurichtenden sozialen Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, um auch künftigen Generationen lebenswerte Bedingungen zu sichern.

Das Neue am Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft bestand darin, für den Umweltschutz vor allem die Dynamik des Marktes zu nutzen, indem durch ökologische Kostenwahrheit, Verursacherprinzip und eine ökosoziale Steuerreform auf dem Markt die richtigen Signale für eine nachhaltige Entwicklung gegeben werden. Wenn es der Politik gelingt, auf allen Ebenen dieses anspruchsvolle Ziel durchzusetzen, wird Umwelt- und Klimaschutz zum Selbstläufer!

VORWORT DES PRÄSIDENTEN

In den 1980er Jahren erkannte Josef Riegler, dass das Erfolgs-Konzept der Sozialen Marktwirtschaft um die Umweltkomponente erweitert werden müsse. Aus seinen Überlegungen formulierte er 1989 eine gesellschaftspolitische Vision: die Ökosoziale Marktwirtschaft. Riegler gründete das Ökosoziale Forum, das sich seither für die Umsetzung dieser Idee einsetzt. Angesichts der derzeitigen Herausforderungen ist eine Entwicklung, die Wirtschaft, Soziales und Umwelt gleichermaßen fördert, notwendiger denn je. Eine ökosoziale Entwicklung also, die Arbeit schafft, die Wirtschaft stützt und die Umwelt schützt. Ein Gleichgewicht zwischen den drei Achsen bedarf Ausgleich und Augenmaß. Das tägliche Ringen bedarf auch täglicher Weiterentwicklung.

Mit dem vorliegenden Papier will das Ökosoziale Forum anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der Ökosozialen Marktwirtschaft diese Weiterentwicklung anstoßen und die großen Herausforderungen unserer Zeit skizzieren. Es geht dabei nicht um einzelne detaillierte Forderungen oder konkrete Maßnahmen, sondern darum, einen Wegweiser für die Bearbeitung der großen Fragen unserer Zeit vorzulegen. Aktuell steht der Klimawandel als die große Bedrohung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Viele der hier skizzierten Probleme stehen direkt oder indirekt damit in Zusammenhang, nicht zuletzt in den Bereichen Ressourcen, Landwirtschaft oder Energie. Darüber hinaus sehen wir auch in anderen Feldern große Herausforderungen: Digitalisierung, der demographische Wandel oder die Entwicklung des ländlichen Raums müssen entsprechend gestaltet werden, um vorhandene Potenziale zu nutzen und problematische Entwicklungen zu vermeiden.

Um einen möglichst evidenzbasierten Diskurs unter Berücksichtigung aktueller Forschungserkenntnisse anzustoßen, hat das Ökosoziale Forum ausgewiesene Expertinnen und Experten gebeten, sich als Mitglieder in dem Anfang 2019 konstituierten wissenschaftlichen Beirat einzubringen. Sie lieferten die Grundlage für dieses Papier, dessen Leitmotiv der Wunsch ist, der „Generation Klimawandel“ – jene Generationen, die mit dem Wissen um die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels aufwachsen – dauerhaft ein gutes Leben zu ermöglichen. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht der Mensch: ein freier, eigenverantwortlicher und gestaltender Mensch, der in seinem Umfeld auch Verantwortung für das Wohl-



Stephan Pernkopf
Präsident des Ökosozialen Forums

ergehen anderer übernimmt. Der regional handelt und gleichzeitig global denkt. Der die Konsequenzen seines Handelns in einem größeren geographischen und historischen Zusammenhang sieht.

Der wissenschaftliche Beirat skizzierte in den Vorarbeiten zu diesem Papier einen Weg zu einer Ökosozialen Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Das Hauptaugenmerk liegt auf Österreich – aber mit dem Wissen, dass Entwicklungen im Land in einem europäischen und globalen Umfeld eingebettet sind. Geleitet sind die Ausführungen von der Überzeugung, dass die Agenda 2030 mit den Zielen für Nachhaltige Entwicklung sowie die Einhaltung der Pariser Klimaziele erreicht werden müssen.

Ich danke den renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unseres Beirats – Christoph Badelt (Leitung), Heinz Faßmann, Bettina Fuhrmann, Jochen Kantelhardt, Angela Köppl, Beate Littig, Fred Luks, Nebojša Nakićenović, Christiane Spiel und Michael Staudinger – für die wertvollen Einblicke in ihre jeweiligen Fachgebiete und die fruchtbaren Diskussionen, mit denen sie die Basis für dieses Grundsatzpapier geliefert haben. Ihre Erkenntnisse wurden im Ökosozialen Forum intensiv diskutiert. Das Ergebnis dieses Prozesses ist das vorliegende Papier, auf das sich die Mitgliedsorganisationen des Ökosozialen Forums als gemeinsame Basis für die künftige Arbeit verständigt haben. Nicht alle Zielsetzungen und Maßnahmen müssen den einzelnen Positionen aller an der Diskussion beteiligten Personen und Akteure entsprechen.



Der vorliegende Wegweiser für die Generation Klimawandel beschreibt, was die Leitgedanken einer Ökosozialen Marktwirtschaft für die Herausforderungen unserer Zeit bedeuten. Dabei geht es um jene Grundsatzfragen und Weichenstellungen, die für die Lebensqualität und Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Im Einzelnen erörtert werden die Themen Internationalität, Wachstum, Demographie, Arbeit, Verteilung, Ressourcen, Energie, Raum, Ernährung und

Landwirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Digitalisierung sowie Governance. Damit werden jene wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Handlungsfelder erörtert, die für die Lebenschancen der Generation Klimawandel prägend sein werden. Es wird deutlich, welche hohe und aktuelle Relevanz das Leitbild einer Ökosozialen Marktwirtschaft für eine notwendige gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit besitzt.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	6
INTERNATIONALITÄT	8
WACHSTUM	10
DEMOGRAPHIE	12
ARBEIT	14
VERTEILUNG	16
RESSOURCEN	18
ENERGIE	20
RAUM	22
ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT	24
WISSENSCHAFT	26
BILDUNG	28
DIGITALISIERUNG	30
GOVERNANCE	32
ÖKOSOZIALES FORUM ÖSTERREICH & EUROPA	35



EINLEITUNG

Durch die globale Klimaerwärmung und damit verbunden häufiger werdenden Extremwetterereignissen, Meeresspiegelanstieg, Begünstigung von Krankheiten sowie Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung aufgrund von Flächendruck und Abholzung ist die Menschheit mit großen Veränderungen konfrontiert. Notwendig ist in dieser Situation eine rasche Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes mindestens gemäß dem Pariser Klimaabkommen („netto null“ im Jahr 2050). Dies soll durch die Umstellung auf CO₂-sparende Produktionsmethoden, Konsumgewohnheiten und Lebensweisen erfolgen, die dazu führen, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels möglichst gering gehalten werden. Gleichzeitig sind

Anpassungsmaßnahmen zu treffen, die nicht mehr vermeidbare negative klimatische Veränderungen abfedern können.

Ein ökosozialer und demokratischer Rechtsstaat schafft Rahmenbedingungen, die ein friedliches Miteinander ermöglichen, das auf persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung der Einzelnen beruht, aber die Freiheit anderer – in anderen Teilen der Welt und auch nachfolgender Generationen – nicht einschränkt. Eine Solidarität heutiger und zukünftiger Generationen sowie zwischen den heute lebenden Generationen steht in Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) der Vereinten Nationen

(Agenda 2030) und strebt nach Fairness und einem guten Leben für alle – weltweit und auf Dauer. Die Umwelt, das Soziale und die Wirtschaft sind dabei ins Gleichgewicht zu bringen. Ein ökosozialer Ordnungsrahmen baut auf diesem Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Notwendigkeiten auf. Dies setzt ein Abwägen von Interessen und demokratische Aushandlungsprozesse voraus und ist nicht immer einfach.

Primärer Allokationsmechanismus einer Ökosozialen Gesellschaft ist der Markt. Dieser soll so organisiert und geregelt sein, dass Preise auch die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten widerspiegeln und den Verursachern in Rechnung gestellt werden. Gleichzeitig werden konzentrierte Marktmacht wie (Quasi-)Monopole oder Kartelle verhindert. Die Rahmenbedingungen für Wirtschaftsprozesse stellen dies sicher und erlauben innerhalb dieses Rahmens einen fairen Wettbewerb. Die Leitgedanken dahinter sind wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Chancengerechtigkeit und soziale Absicherung, ein berechenbarer Ordnungsrahmen und Subsidiarität, Fortschritt und Umweltschutz, Eigentum und Verantwortung – diese gilt es zu vereinen.

Ökosozial Wirtschaften heißt Wirtschaften mit Verantwortung. Konkret geht es unter anderem darum, fossile Energie durch erneuerbare Energien zu ersetzen, das ökologische und soziale Unternehmertum zu stärken, das Steuersystem leistungs- und umweltfreundlicher zu gestalten, faire Rahmenbedingungen für internationale Investments einzurichten, den öffentlichen Verkehr auszubauen und Forschungsaktivitäten zu fördern.

Eine Ökosoziale Gesellschaft fußt auf einer umfassenden Bildung der Bevölkerung. Zur Förderung von ökosozialem und Wirtschaftswissen fließen wichtige Forschungserkenntnisse direkt in die pädagogische Aus- und Weiterbildung ein. Dabei wird sowohl Fakten- als auch Handlungs- und Orientierungswissen vermittelt sowie für aktuelle und mögliche künftige Problemstellungen sensibilisiert.

In Tradition der Sozialen Marktwirtschaft stehend handelt es sich bei der Ökosozialen Marktwirtschaft um einen ordnungspolitischen Ansatz. Marktwirtschaft soll die Wertschöpfungsfähigkeit der Wirtschaft verbessern und innovatives Unternehmertum fördern. Ein funktionierender Markt braucht Transparenz und klare Regeln sowie Haftungsmechanismen.

In den folgenden Kapiteln wird beschrieben, was die Forderung nach einer ökosozialen Entwicklung für unterschiedliche gesellschaftliche Handlungsfelder bedeutet. Dabei geht es nicht um detaillierte Maßnahmenbeschreibungen oder tagespolitische Forderungen –, sondern um Grundsatzfragen, die für die Lebensqualität und Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Im Folgenden werden also keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme vorgelegt. Stattdessen wird anhand von Themen wie Arbeit, Energie und Landwirtschaft aufgezeigt, wie das Leitbild einer Ökosozialen Marktwirtschaft zu einer angemessenen Balance wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele beitragen kann. Dabei wird deutlich: Josef Rieglers Idee einer Ökosozialen Marktwirtschaft „wirkt“ – und ist aktueller denn je.



INTERNATIONALITÄT

Die Welt rückt näher zusammen. Die immer stärkeren Verflechtungen betreffen so unterschiedliche Bereiche wie Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation, Arbeits- und Produktionsbedingungen. Die größten weltweiten Probleme unserer Zeit sind meist nur auf einer internationalen Ebene lösbar. Klimawandel, Umweltprobleme, sozialer Ausgleich und Migration in verschiedenen Regionen der Welt betreffen letztlich uns alle. Daher ist ein internationaler Ordnungsrahmen anzustreben, der Ausbeutung, Ungerechtigkeiten, Umweltverschmutzung und andere negative Praktiken nicht als Wettbewerbsvorteil belohnt. Dies macht

auch den Aufbau entsprechender internationaler Governance-Strukturen nötig, wie sie beispielsweise durch die Europäische Union dargestellt werden. Solche Governance-Strukturen sind auch wesentlich für einen effektiven politischen Ausgleich zum Einfluss weltweit agierender internationaler Konzerne, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortungen entziehen, indem sie die eigenen Organisations-Strukturen danach ausrichten, dass sie kaum Steuern abführen.

Die Offenheit der Märkte hat vielen Menschen Wohlstand gebracht, aber gleichzeitig auch zu

einer internationalen Arbeitsteilung beigetragen, die durch Warentransporte und höheren Ressourcen-Konsum den CO₂-Ausstoß und andere Umweltbelastungen massiv erhöht – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt.

Parallel zur Globalisierung gibt es gegenläufige Trends, die auf eine Abschottung in verschiedenen Bereichen abzielen: In der Handelspolitik werden beispielsweise durch Protektionismus die Waren und Dienstleistungen aus dem eigenen Land gegenüber Konkurrenten aus anderen Regionen bevorzugt. In der Kommunikation werden mit aufwändigen Mitteln gezielt Falschinformationen propagiert oder Inhalte aus anderen Ländern blockiert. Zum Teil aus wirtschaftlichen Motiven, indem beispielsweise die Preise im E-Commerce je nach Herkunftsland der Käuferinnen und Käufer unterschiedlich gestaltet werden. Andererseits auch aus ideologischen Motiven, indem Länder Internetseiten mit politisch unerwünschten Inhalten sperren.

Gleichzeitig wächst in Teilen der Bevölkerung die Sorge vor nachteiligen Veränderungen und der Wunsch, einzelne Aspekte der Internationalisierung zurückzunehmen. Diese Tendenzen werden in vielen Teilen der Welt von Populisten geschürt

und instrumentalisiert, wobei die Unterscheidung zwischen „uns“ und den „anderen“ ein charakteristisches Merkmal darstellt, das auch die Akzeptanz weltweiter Lösungsansätze unterminiert.

Internationalität kann auch als eine Haltung begriffen werden, die für Weltoffenheit, Frieden, Respekt und Toleranz steht. Eine solche Haltung sollte durch die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aktiv vorgelebt werden. Der Erwerb dieser Haltung durch junge Menschen sollte ein vordringliches Ziel des Bildungssystems sein. In einer solchen Grundhaltung stellt auch die Verwurzelung in der Region keinen Widerspruch dar, wenn sie als eine offene Haltung im unmittelbaren Lebensumfeld gelebt und in einem globalen Zusammenhang wahrgenommen wird.



Seit Beginn des globalen Wirtschaftswachstums mit der industriellen Revolution hat sich die Welt umfassend verändert. Durch Wirtschaftswachstum wurde Wohlstand für breite gesellschaftliche Schichten möglich. Angesichts ökologischer Grenzen in Hinblick auf Ressourcen und Senken, welche die Grundvoraussetzung menschlicher Existenz und damit auch unserer Wirtschaft darstellen, bringt ein fortwährendes quantitatives Wachstum aber auch Gefahren mit sich. Wachstum ist nicht nur ein Problemlöser, sondern auch Problemverursacher bzw. Problemverstärker, beispielsweise bei Klimawandel, der Versauerung der

Ozeane, Biodiversitätsverlust oder Umweltverschmutzung.

Dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein ungenügender Indikator für eine ganzheitliche positive gesellschaftliche Entwicklung darstellt, ist weithin anerkannt. Das ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil die Beseitigung der Schäden von Umweltkatastrophen oft einen positiven Effekt auf das BIP hat: Jede zusätzliche marktliche Aktivität steigert das BIP – auch wenn es sich aus Wohlstandssicht um defensive Tätigkeiten handelt, die besser vermieden werden sollten. Ein eindimensionaler In-

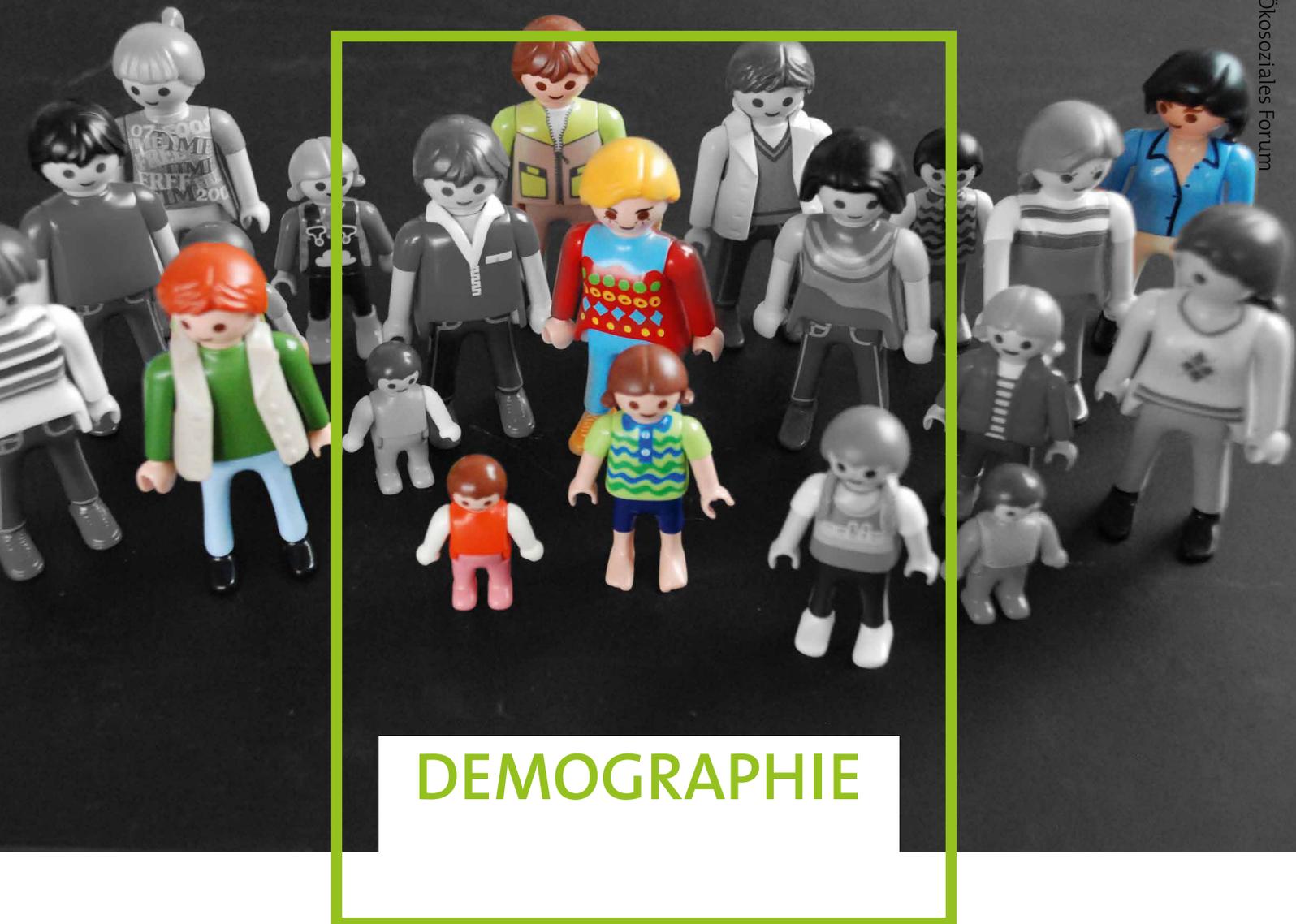
dikator wie das BIP kann die Komplexität des Ziels „gesellschaftlicher Wohlstand“ schlicht nicht ausreichend abbilden. Mangels besserer Alternativen wird dennoch immer wieder das BIP als Bezugspunkt für wirtschaftspolitische Zielsetzungen verwendet.

Umso wichtiger ist es daher, das Primat des quantitativen Wirtschaftswachstums in Frage zu stellen, nach Alternativen und geeigneteren Indikatoren zu suchen und das BIP immer zusammen mit anderen Indikatoren zu verwenden, um eine ganzheitliche Sichtweise zu fördern und damit ein qualitatives und inklusives Wachstum zu ermöglichen. Diese breitere Sicht sollte dann in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden. Unsere Wirtschaftsordnung und Entscheidungen darüber, was produziert wird, würden von aussagekräftigeren Indikatoren profitieren.

Der technische Fortschritt verändert unsere Gesellschaft kontinuierlich. Besonders betroffen sind dabei unsere Arbeitswelt, die Produktion, die Mobilität und die Kommunikation. Während der technologische Wandel durchaus im Dienste der Umwelt wirken kann, können Rebound-Effekte auch erzielte Verbesserungen (über-)kompensieren – zum Beispiel wenn Kosteneinsparungen zu

Konsumerhöhungen führen, die am Ende ökologisch kontraproduktiv sind. Insofern muss eine tatsächliche und dauerhafte Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Umweltbelastung gelingen.

Sicher ist, dass die Relevanz ökologischer Wachstumsgrenzen politisch mehr Berücksichtigung finden muss, wenn eine Ökosoziale Marktwirtschaft erreicht werden soll. Selbst wenn mit einer ökosozialen Steuerreform ein fundamentaler Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt wird und die Preise die „ökologische Wahrheit“ sagen, bleibt die Expansionstendenz marktwirtschaftlicher Systeme in einer begrenzten Umwelt ein wichtiges Problem. Hier ist politische Phantasie gefordert, die über etablierte Vorstellungen von Wachstum und Wohlstand hinausgeht. So wäre die Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum durchaus unwirtschaftlich sein kann – wenn seine negativen Folgen seinen Nutzen übersteigen –, ein Beitrag zu einem reflektierten Diskurs über Wachstum und andere wirtschaftspolitische Zielsetzungen. Das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft versteht sich als Beitrag zu diesem gesellschaftlichen Such- und Lernprozess.

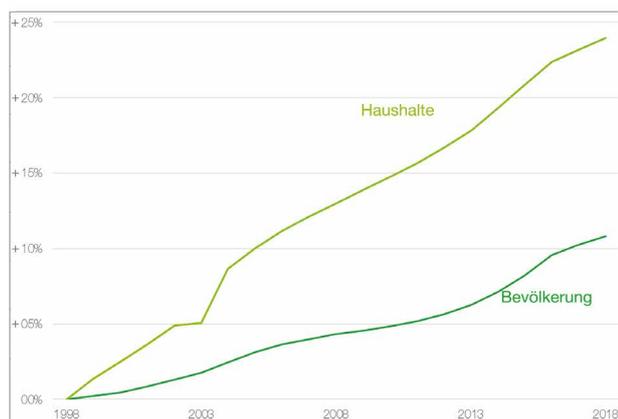


DEMOGRAPHIE

Die österreichische Wohnbevölkerung ist in den vergangenen 20 Jahren um 10,8 Prozent gewachsen. Die Zahl der Haushalte sogar um 23 Prozent. Alterung, eine wachsende Zahl an Scheidungen und die Zunahme von Single-Haushalten auch bei

jungen Menschen sind Gründe dafür. Insgesamt liegt der Quadratmeterverbrauch über der Steigerung der Bevölkerung – wir wachsen und leben auf immer großzügigerem Raum.

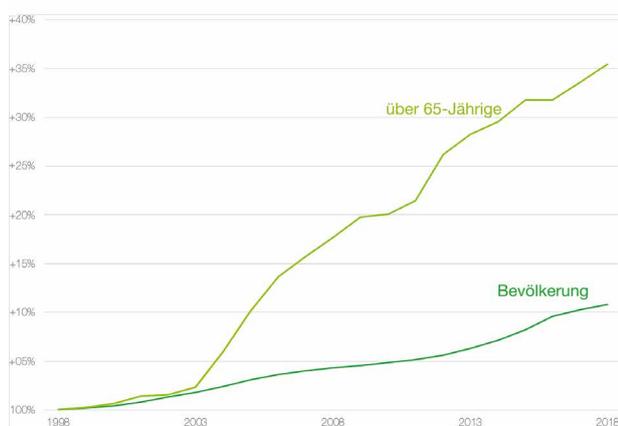
Relative Zunahme der Bevölkerung und der Haushalte in Österreich im Vergleich; 1998=100 %



Das Wachstum der Bevölkerung und besonders der Haushalte ist nicht nur aus demographischen Gründen relevant. Haushalte benötigen Wohnraum. Wohnraum benötigt Bauland. Die steigende Zahl an Haushalten und die stark steigende Wohnfläche je Einwohner sind ein wesentlicher Treiber des Wohnungsneubaus und damit der Inanspruchnahme von Flächen. Dazu kommen Leerstände und zu geringe Sanierungsquoten, Flächen für die Ver- und Entsorgung der Haushalte, für den Einzelhandel, für Schulen, für Freizeiteinrichtungen, für Krankenhäuser und Seniorenheime, für die Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe und natürlich auch für den Verkehr.

2018 lebten in Österreich fast 1,7 Millionen Personen über 65 Jahre. Auf rund drei 20- bis 65-Jährige und damit auch in vielen Fällen auf drei Erwerbstätige kommt ein über 65-Jähriger, der erhalten, geheilt und gepflegt werden möchte. Laut Prognosen wird sich durch die Alterung der Anfang der 1960er Jahre geborenen Babyboomer die Alterslastquote sehr deutlich verändern. 2030 werden bereits 2,5 Erwerbstätige auf einen über 65-Jährigen kommen.

Relative Zunahme der Bevölkerung und der Personen über 65 Jahren in Österreich im Vergleich; 1998=100 %



Österreich steht damit vor erheblichen sozialpolitischen Herausforderungen. Es muss mehr finanzielle Ressourcen für Pflege und Gesundheit im Alter aufbringen, in einem höheren Ausmaß die Pensionen mit Steuereinnahmen stützen, wenn das Pensionsantrittsalter nicht steigt. Und es muss gleichzeitig in Bildung und Ausbildung investieren, denn auch die Zahl der unter 20-Jährigen wird zunehmen. Und ein Mehr an Investitionen in Bildung, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung ist unabhängig von der Kopfzahl der unmittelbar Betroffenen notwendig, wenn Österreich seine wirtschaftliche Stellung als konkurrenzfähiges Exportland halten möchte.

Die Statistik Austria rechnet künftig mit einem relativen und absoluten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung. Durch die Alterung und Pensionierung der Babyboomer sowie die geringeren Geburtenraten in den nachfolgenden Generationen ist künftig ein Mangel an Fachkräften zu erwarten. Während in den 1960er Jahren rund 130.000 Gebur-

ten pro Jahr verzeichnet wurden, waren es in den 2010er Jahren rund 82.000 pro Jahr. Allein daraus wird ersichtlich, wie groß die quantitative Lücke am Arbeitsmarkt ist, die die Babyboomer erzeugen, wenn sie in den Ruhestand wechseln.

Produktivitätsgewinne können den erwartbaren Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften mindern, gleichzeitig kann durch eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein höheres Ausmaß an Erwerbsarbeit erzielt werden. Ohne Zuwanderung wird die Erhaltung unserer Sozialsysteme künftig schwieriger. In manchen arbeitsintensiven Bereichen werden qualifizierte Arbeitskräfte fehlen.

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, sind Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen nötig. Die Möglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes sind insofern zu nutzen, als dass das Verbleiben von zugewanderten Studierenden an österreichischen Hochschulen nach ihrem Abschluss und die Qualifizierung des bereits erfolgten Familiennachzugs gefördert wird. Auch Modelle, die es erlauben, ältere Arbeitskräfte länger im Wirtschaftsleben zu halten und ihre Kompetenzen und Erfahrungen zu nutzen (beispielsweise in der Lehrlingsausbildung), gilt es zu fördern. Aber auch die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte zur Steuerung der Zuwanderung aus Staaten außerhalb der EU ist ein Gebot der Stunde, um den attraktiven Sozial- und Wirtschaftsstandort Österreich zu erhalten.

Die Hoffnungen, dass durch die Flüchtlingszuwanderung der Fachkräftemangel beseitigt werden kann, haben sich bisher nicht erfüllt. Es wäre daher nötig, die beiden Bereiche gesondert zu diskutieren und zwischen Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und einer an den Interessen des Arbeitsmarktes ausgerichteten Zuwanderung von Arbeitskräften zu unterscheiden. Beides hat seine Berechtigung, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Diese in der Diskussion zu trennen, könnte die bestehenden Emotionen aus der Debatte nehmen und einen konstruktiveren Zugang als bisher ermöglichen.



ARBEIT

Arbeit – sowohl Erwerbsarbeit als auch unbezahlte beispielsweise Pflegearbeit – ist Ausdruck menschlicher Lebensgestaltung, die einerseits als sinnstiftend und bereichernd, andererseits auch als belastend empfunden werden kann. In der Arbeitswelt vollziehen sich derzeit weitreichende Transformationen, allen voran durch die Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen. Die Automatisierung hat einerseits das Potenzial zur Humanisierung der Arbeit (monotone Tätigkeiten können maschinell verrichtet und die Arbeitskräfte für interessantere, weniger eintönige Tätigkeiten eingesetzt werden), andererseits besteht durch höhere Transparenz auch die Gefahr der weitreichenden Überwachung und des zunehmenden Leistungsdrucks. Bestimmten Beschäftigungsgruppen droht der Verlust des Arbeitsplatzes einerseits wegen mangelnder Qualifikationen, an-

dererseits durch die Globalisierung digitalisierter Arbeit. Eine weitere wichtige Transformation betrifft die Notwendigkeit, Arbeitsprozesse und Produkte und Dienstleistungen umweltverträglicher zu gestalten, etwa in der Energieproduktion oder in der Automobilindustrie.

Die voranschreitende Digitalisierung und dringende Ökologisierung betrifft nicht nur die Erwerbsarbeitswelt, sondern hat auch Auswirkungen auf die Arbeitsleistungen in den privaten Haushalten. Legt man einen nicht nur erwerbsarbeitsorientierten Arbeitsbegriff zugrunde, so sind auch die überwiegend von Frauen unentgeltlich erbrachten Haushalts- und Pflegetätigkeiten als gesellschaftlich notwendige Arbeit anzusehen. Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und das Infragestellen tradierter Geschlechterrollen gerät

die Erledigung und Organisation dieser Arbeiten zunehmend unter Druck. Die Doppelbelastung durch Beruf und Familie ist für viele erwerbstätige Frauen (und Männer) immer noch sehr hoch. Auch durch familiäre und außerfamiliäre (oft auf prekäre Arbeitsverhältnisse basierende) Unterstützung bleibt Pflege bis heute weiblich konnotiert, unterbezahlt und basiert teilweise auf globaler sozialer Ungleichheit. Aber nicht nur die Frage der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit (zwischen den Geschlechtern), sondern auch die Frage nach der Finanzierung sozialer Absicherung ist im Licht demographischer Veränderungen und flexiblerer Arbeitsformen neu zu beantworten. Derzeit fußt diese in erster Linie auf der Besteuerung und Abgabenleistungen von Erwerbsarbeit.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Einkommensverteilung entlang von anderen Ungleichheiten wie Geschlecht, Herkunft und Qualifikationsniveau zunehmend polarisiert. Nicht zuletzt wird dies auch durch das zeitliche Ausmaß der Beschäftigung beeinflusst (Stichwort „Teilzeitfalle“ bei Frauen). Auch lässt sich infolge der Flexibilisierung und Verdichtung sowie der Subjektivierung von Arbeit ein Wandel der Arbeitsbelastungen hin zu hohen psychischen Beeinträchtigungen (Burnout) feststellen. Seit einigen Jahren wird den Zusammenhängen von Arbeit und nachhaltiger Entwicklung wieder mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei wird deutlich, dass die Themen formelle Erwerbsarbeit und private, alltägliche Lebensführung unmittelbar miteinander verknüpft sind. Eine soziale und ökologische Transformation muss daher asymmetrische Beziehungen sowie unterschiedliche Zugänge zu Macht und Einfluss auf unterschiedlichen Ebenen (betrieblich, national und international) thematisieren.

Um die gegenwärtig dominanten Arbeitsstrukturen und die damit zusammenhängenden Absicherungsmechanismen an die gegenwärtigen und zukünftigen sozialen und ökologischen Her-

ausforderungen anzupassen, muss an vielen Stell-schrauben gleichzeitig gedreht werden. Bildungseinrichtungen sollten die Jugend und auch Ältere auf eine sich ständig verändernde Arbeits- und Lebenswelt vorbereiten. Gleichzeitig muss die soziale Absicherung (Pension, Arbeitslosigkeit, Betreuungs- und Bildungskarenz, Krankheit) an gesellschaftliche Veränderungen angepasst und auf eine neue Finanzierungsbasis gestellt werden. Anstehende Veränderungen sind zum Beispiel eine längere Lebenserwartung, eine größere Gruppe an älteren Menschen im Vergleich zu Jungen, sich ändernde Geschlechterrollen, neue Krankheitsbilder durch Klimawandel oder negative Umwelteinflüsse, neue gesundheitliche Belastungen und neue Arbeitsformen sowie die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse (unter dem Schlagwort „Gig Economy“ wird beispielsweise der wachsende Teil des Arbeitsmarktes verstanden, bei dem kleine Aufträge wie Essenslieferungen oder Beförderungsdienste kurzfristig an unabhängige Selbstständige vergeben werden). Die Lebensarbeitszeit, die bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Familien- und Freiwilligenarbeit (Work-Life-Balance) werden sich anders verteilen müssen – was eine Neubewertung von Arbeit voraussetzt. Letzteres bedarf eines Diskurses über die Bedeutung, Bewertung und (Um-)Verteilung von Arbeit im weitesten Sinn.

Diese Veränderungen zu moderieren und vor dem Hintergrund aktueller Machtverschiebungen neue Verteilungen auszuhandeln, ist ein schwieriger demokratischer Prozess, der auf einer breiten Basis erfolgen muss und die gesamten Alltagspraktiken der Lebensführung zu berücksichtigen hat. Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Engagierte in Interessenvertretungen und Gewerkschaften sind gleichzeitig auch Bürgerinnen und Bürger, Konsumentinnen und Konsumenten. Bei der Gestaltung von Transformationsprozessen sind sie in ihren unterschiedlichen Rollen mit teilweise widersprüchlichen Interessen gefordert.



Verteilungsfragen spiegeln stets bestimmte Vorstellungen von Gerechtigkeit wider. Diese können sehr unterschiedlich sein; im politischen Diskurs muss daher meist auch ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Vorstellungen von Gerechtigkeit gefunden werden. Eine von möglichst vielen Menschen als „gerecht“ empfundene Verteilung sichert den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und die Legitimität des Sozialstaates. Solidarität ist dessen Grundlage und fördert das Gemeinwohl.

Verteilungsfragen können zwischen heutigen und künftigen Generationen, innerhalb der heute lebenden Generationen, zwischen Geschlechtern, Ethnien, Menschen verschiedener Herkunft oder Regionen betrachtet werden. Ebenso können Einkommen und Vermögen oder Zugang zu Ressourcen oder deren Verbrauch im Fokus stehen. Verteilungsfragen spielen auch in der Ökologie eine wichtige Rolle, weil unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich stark von ökologischen Problemen betroffen sind und es ver-

schiedenen Gruppen leichter oder schwerer fällt, individuelle Lösungen für ökologische Probleme zu finden.

Eine Gesellschaft mit absoluter Gleichverteilung von Vermögen und Einkommen ist nicht nur eine Illusion, sondern auch gar nicht wünschenswert. Allerdings darf Ungleichheit nicht extrem sein; Verteilungen sollten transparent und Ungleichheiten sollten durch unterschiedliche Leistungen begründbar sein. Deshalb ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Herstellung einer gerechten Verteilung die Sicherung von Chancengleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft. In der Praxis wird diese vor allem durch ein entsprechendes Bildungssystem und durch die besondere Unterstützung von jungen Menschen erreicht, die in sozial benachteiligten familiären Verhältnissen aufwachsen.

Ökonomische Ungleichheit ist häufig auch mit unterschiedlichen Teilhabechancen verknüpft – im nationalen ebenso wie im globalen Kontext. Insofern spiegelt sich die Verteilung von Vermögen und Einkommen auch in der Bildung oder in der Teilhabe an demokratischen Prozessen und im Zugang zu Ressourcen wider. Höhere Einkommen beispielsweise korrelieren mit einem höheren Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen.

Die aktuellen Veränderungen wie Digitalisierung, demographischer Wandel oder zunehmende Diversität haben Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat und stellen die Verteilungsfrage neu. Insofern muss Gerechtigkeit im Diskurs und in demokratischen Aushandlungsprozessen unter den neuen Rahmenbedingungen neu definiert werden. Die konkrete Antwort wird in hohem Maße davon abhängig sein, welchem Aspekt der Verteilung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Verteilung ist einerseits mit der Finanzierung und andererseits mit den Leistungen des Wohlfahrtsstaates verknüpft. Veränderungen in der Finanzierungsbasis (Steuer- und Abgabenreform, Steuer- bzw. Abgabenbasis – Arbeit, Ressourcen, Vermögen) sind dabei genauso wichtig wie die Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite und die Organisation (wie kann eine bestimmte Aufgabe bestmöglich und bürgerfreundlich erledigt werden). Bestrebungen zu einer höheren Kostenwahrheit legen eine höhere Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und eine Entlastung des Faktors Arbeit nahe.

Die Verteilungsfrage stellt sich – das spiegeln auch die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele wider – nicht zuletzt im globalen Kontext. Angesichts der prognostizierten unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen in verschiedenen Weltregionen ist die internationale Solidarität eine wichtige Dimension, die es zu berücksichtigen gilt.



RESSOURCEN

Ressourcen sind das Rückgrat jeder Volkswirtschaft. Ihre Transformation in Güter und Dienstleistungen entlang von Wertschöpfungsketten erlaubt es, Wohlstand zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir nutzen sowohl abiotische (fossile Energieträger, Erze, mineralische Rohstoffe) als auch biotische (erneuerbare Ressourcen pflanzlichen und tierischen Ursprungs) Rohstoffe sowie Wasser, Boden, Luft, die biologische Vielfalt, Flächen, aber auch Wind- und Solarenergie als Energiequelle.

Unser Ressourcenverbrauch hat solch große Dimensionen angenommen, dass wir nicht nur die Möglichkeiten zukünftiger Generationen drastisch beschneiden, sondern mittlerweile auch selbst den

Folgen des ungezügelter Ressourcenverbrauchs ausgesetzt sind. Umweltverschmutzung, Wasser- und Bodenverbrauch, Klimawandel, Anstieg der Weltmeere oder Nährstoffknappheit in der Landwirtschaft bedrohen nicht nur die Chancen kommender Generationen, sondern wirken sich bereits heute negativ aus. Die begrenzten planetaren Kapazitäten von ökologischen Quellen und Speicherkapazitäten (Senken) verschärfen bei steigendem Bedarf die Knappheit von Ressourcen.

Mit einer wachsenden globalen Mittelschicht steigt auch der Lebensstandard. Durch eine weltweite Verbreitung ressourcenintensiver Lebensstile (Beispiele sind höherer Anteil importierter Lebensmittel, steigender Fleischkonsum, mehr mo-

torisierter Individual- und Flugverkehr) werden Ressourcen-Verknappungen noch weiter befeuert. Gleichzeitig steht eine (weitgehend) erdölfreie Wirtschaft vor der Herausforderung, für die Produktion auf nachwachsende bzw. erneuerbare Ressourcen zurückzugreifen und fossile Rohstoffe zu ersetzen (Bioökonomie). Aufgrund komplexer Wechselbeziehungen, Feedback-Loops und Tipping Points kann die Forschung das Ausmaß der Konsequenzen nur bedingt prognostizieren. Gerade deshalb muss ein Vorsorgeprinzip in diesen Fragen Basis für alle Diskussionen und Maßnahmen sein.

Der Klimawandel ist eine der derzeit am häufigsten diskutierten Konsequenzen der Überbeanspruchung der natürlichen Tragekapazität unseres Planeten. Der Klimawandel verstärkt außerdem andere negative Effekte anthropogener Ressourcenbeanspruchung (Beispiele sind Boden- und Biodiversitätsverlust, Wasserknappheit, Versauerung der Meere, neue Schädlingsarten in der heimischen Landwirtschaft). Wir haben durch rasche Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die durch den Klimawandel ausgelösten negativen Auswirkungen möglichst gering bleiben. Gleichzeitig ist es nötig, sich an nicht mehr zu vermeidende Veränderungen der Umweltbedingungen anzupassen. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels werden regional sehr unterschiedlich ausfallen, auch die Anpassungskapazitäten sind weltweit sehr ungleich verteilt. Bestimmte Gegenden könnten sogar unbewohnbar oder nicht mehr bewirtschaftbar werden, was die Verfügbarkeit von Ressourcen weiter reduziert und den Migrationsdruck verstärkt.

Klimawandel und Ressourcenknappheiten sind globale Probleme, die eine Region oder ein Land nicht allein bewältigen kann. Auch wenn die Verantwortung regional wahrzunehmen ist und ent-

sprechende Maßnahmen lokal gesetzt werden müssen, sollte zusätzlich stets auch die globale Perspektive berücksichtigt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zeigen auf internationaler Ebene, welche Maßnahmen zu treffen sind. Eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft spielt dabei eine herausragende Rolle, da Wälder einerseits den wichtigsten Kohlenstoff-Speicher Österreichs darstellen. Andererseits sind sie Basis für einen nachwachsenden Rohstoff, der in Zukunft durch neue Technologien noch viel stärker eingesetzt werden kann als bisher. Holz als Baustoff hat dabei in Österreich besondere Bedeutung: zum einen, weil die Forst- und Bauindustrie in Österreich Schlüsselwirtschaftszweige sind und zum anderen, weil Holz als Baumaterial einen langfristigen CO₂-Speicher darstellt, der gegenüber Zement, Beton und Stahl einen positiven Beitrag zur CO₂-Bindung darstellt.

Das Ökosoziale Forum setzt sich mit seiner Bodencharta für einen schonenden Umgang mit Boden ein. In den letzten Jahren konnte der tägliche Bodenverbrauch (und v. a. auch die -versiegelung) bereits massiv reduziert werden. Trotzdem ist es notwendig, ihn noch weiter zu reduzieren und versiegelte Flächen wieder als Naturraum zugänglich zu machen und entsprechend zu nutzen. Die verstärkte (Wieder-)Verwendung bereits versiegelter, brachliegender Flächen hat hierbei hohe Priorität. Gleichzeitig muss der Boden als Landwirtschaftsfläche durch Nährstoffrecycling (Phosphor) ertragreich erhalten werden.



©Shutterstock/Oleg P

ENERGIE

Die Welt steht vor der Herausforderung einer Transformation zu nachhaltigen Energiesystemen, also einer großen Energiewende. Dies bedeutet auch, die nationalen und internationalen Energie-, Klima- und Umweltpolitiken zu integrieren und konsequent auf eine Transformation der Energiesysteme auszurichten. Darüber hinaus kann die Energiewende viele Begleitnutzen für alle Ziele der Nachhaltigkeit mit sich bringen.

Diese weltweite Energiewende stellt wohl eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Deren Zielsetzung ist die (weitgehende) De-

karbonisierung des globalen Energiesystems bis zur Jahrhundertmitte durch eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz, einen Rückgang des absoluten Energieverbrauchs und die Umstellung auf erneuerbare und kohlenstofffreie Primärenergiequellen.

Eine grundlegende Transformation des Energiesystems braucht ein Verständnis des Energiesystems, das die Nutzung von Energie in den Mittelpunkt stellt und grundlegende strukturelle Veränderungen im Energiesystem ermöglicht. Zentrale Bereiche im Energiesystem sind Energiedienst-

leistungen u. a. für Gebäude und Mobilität, die mit unterschiedlichen Technologien und Strukturen bereitgestellt werden und deren Energiebedarf mit innovativen Transformationstechnologien emissionsfrei gedeckt wird. Thermisch effiziente Gebäude können eine Funktion als Energieerzeuger und/oder -speicher haben und über Netze, die sowohl Strombezug wie auch die Einspeisung ermöglichen, in das Energiesystem eingebunden sein und so Teil einer zeitgemäßen Energieinfrastruktur werden.

Verschänkte Mobilität bezieht alle Verkehrsmittel ein, verringert den Verkehrsbedarf und Emissionen durch Elektromobilität, Teleworking oder die Substitution von Dienstreisen durch digitale Tele-Konferenzen. Autonome Verkehrsmittel können weitere Verbesserungen der Effizienz mit sich bringen, aber auch neue Herausforderungen wie z. B. juristische und Haftungsfragen beim Einsatz autonomer Systeme aufwerfen.

Verschiedene Technologien weisen eine unterschiedliche Energieausbeute (Wirkungsgrade) und verschiedene Treibhausgasemissionen auf. Mit welchen Technologien und mit welchen Energieflüssen energierelevante Dienstleistungen bereitgestellt werden, hat weitreichende ökonomische Auswirkungen. Diese wirtschaftlichen Effekte einer Transformation des Energiesystems betreffen die Investitions- und Betriebsphase sowie ihre

Wechselwirkungen und müssen in der Zusammenschau dieser Aspekte beurteilt werden. In der Investitionsphase sind Ausgaben für Technologien und Kapitalstöcke zu berücksichtigen, in der Betriebsphase die Kosten für den laufenden Betrieb.

Für eine verbesserte Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien müssen hohe Anfangsinvestitionen getätigt werden. Diese Investitionen beinhalten zugleich große Chancen, da im Zuge der Transformation strategische Innovationen ausgelöst werden und neue Märkte entstehen können. Die Investitionen in erneuerbare Energietechnologien und Energieeffizienz können außerdem durch Einsparungen der Kosten für fossile Brennstoffe bei konventionellen Technologien zum großen Teil kompensiert werden, da die erneuerbaren Energiesysteme niedrigere Betriebskosten haben. Eine integrierte Betrachtung des Energiesystems ist die Grundlage, die Bevorzugung fossiler Energie aufgrund bereits getätigter früherer Investitionen, mögliche Investitionen, die sich im Nachhinein als unnötig herausstellen, und andere finanzielle Verluste zu vermeiden. Gleichzeitig wird es aufgrund der Versorgungssicherheit nötig sein, Netze und Speicher so auszulagern, dass das Energiesystem – auch im europäischen Verbund – verlässlich, resilient und leistungsfähig für Menschen und Betriebe funktioniert.



RAUM

Weltweit ziehen Menschen vom ländlichen Raum in die Städte. Auch wenn die Gründe vielschichtig und die Probleme in verschiedenen Regionen der Welt höchst unterschiedlich sind, bedeuten Landflucht und Verstädterung eine grundlegende Herausforderung für Infrastruktur und Raumplanung sowie die Versorgungssicherheit. Die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zu moderieren und auch mit ökologischen Zielen in Einklang zu bringen ist eine der großen Herausforderungen, auf die eine zeitgemäße Raumordnung innovative Antworten geben muss.

Auch in Österreich nimmt die ländliche Bevölkerung insbesondere in peripheren Gebieten ab, während Städte und städtische Räume weiter wachsen. Städtische Räume bieten – auch in Öster-

reich – häufig attraktivere Lebensbedingungen als ländliche Räume. Von ganz besonderer Bedeutung sind dabei die vielfach vor allem in urbanen Räumen angebotenen und für die dortige Bevölkerung leicht erreichbaren Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Darüber hinaus ist im städtischen Raum auch der Zugang zu Kultur und medizinischer Versorgung einfacher. Im ländlichen Raum ist dagegen das Wohnen im Allgemeinen günstiger und wird oft auch aufgrund landschaftlicher Attraktivität und größerer Ruhe sehr geschätzt.

Verstädterung ist insbesondere im Umland der Städte und entlang wichtiger Verkehrsachsen ein großes Problem. Gerade in solchen Gebieten ist Wohnraum noch vergleichsweise günstig und bietet auch die Vorteile eines Lebens in der Nähe zu

urbanen Zentren. Gleichzeitig sind solche Räume aber auch sehr attraktiv für Gewerbeansiedlungen, da aufgrund der Stadtnähe auch die Märkte nah und schnell erreichbar sind. Die negativen Wirkungen einer zunehmenden Verstädterung sind allerdings erheblich. So bewirkt die Ausweitung von Bauflächen einen zunehmenden Bodenverbrauch, steigendes Verkehrsaufkommen und einen Rückgang landwirtschaftlicher Flächen. Traditionell liegen Siedlungsgebiete dort, wo sich die produktivsten Böden befinden. Im Stadtumland findet Bodenversiegelung dann oft auf landwirtschaftlich sehr wertvollen Flächen statt, die in der Folge dauerhaft nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen.

Mit zunehmender Bodenversiegelung gehen wichtige Bodenfunktionen (wie Wasser- und CO₂-Speicherung, Filterfunktionen, Lebensraum für Pflanzen und Tiere) verloren. Auch das Verkehrsaufkommen und die damit einhergehenden Emissionen von Lärm und Treibhausgasen nehmen zu. In stadtfernen peripheren Räumen kann es hingegen dazu kommen, dass mit abnehmender Bevölkerungszahl vorhandene Infrastruktur nicht mehr vollständig ausgenutzt wird, diese mit einem laufend geringer werdenden Gemeinde-Budget erhalten oder rückgebaut werden muss, was die Lebensqualität für die Menschen weiter verschlechtert.

Ländliche Räume sind Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsräume für Menschen in der Stadt und am Land. Die verschiedenen Ansprüche und die Nutzungskonkurrenz von unterschiedlichen Gruppen sind so zu moderieren, dass ländliche und urbane Räume ihre Funktionen wechselseitig ergänzend erfüllen und gleichermaßen lebenswert sind.

Die Vermeidung der negativen Konsequenzen von Landflucht und Verstädterung ist eine große Herausforderung an die Politik. Sie muss mit geeigneten Maßnahmen dazu beitragen, dass nicht nur städtische Zentren, sondern auch ländliche Räume attraktiv für die Ansiedlung von Menschen und regionalen Unternehmen sind. Diese sollten möglichst bodensparend durchgeführt werden. Prio-

rität hat daher die Attraktivierung der Ortskerne durch Leerstands(um)nutzung, Förderung von Nachnutzungen und verdichteter Bauweise.

Raumplanerisch ist abzusichern, dass Bodenverbrauch, soweit nicht grundsätzlich vermeidbar, gesteuert und möglichst reduziert wird. Auf diese Weise ist zu gewährleisten, dass land- und forstwirtschaftliche, aber auch für den Naturschutz wertvolle Flächen umfangreich erhalten bleiben – etwa durch die Definition von Vorrangflächen, erhaltenswerten Landschaftsteilen oder Siedlungsgrenzen – und ländliche Räume damit weiter ihre Versorgungs-, Entsorgungs- und Erholungsfunktionen sowie ihre ökologischen und kulturhistorischen Funktionen (auch für städtische Räume) erhalten. Auch bei der Bereitstellung von Erneuerbarer Energie bzw. zur Steigerung der Energieeffizienz von Siedlungsräumen kann die Raumplanung (Stichwort Energieraumplanung) eine wichtige Rolle spielen. Die Bewältigung des Klimawandels wird ohne eine stärkere politische Nutzung der Raumordnungsinstrumente nicht möglich sein. Raumordnung muss daher noch mehr als bisher über Gemeindegrenzen hinweg betrachtet und gesteuert werden.

Ein Dorf der kurzen Wege stellt ein umfangreiches, wohnortnahes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Infrastruktur zur Deckung des täglichen Bedarfs, wie beispielsweise auch Nahversorgung, Telekommunikations- oder Mobilitätsdienstleistungen oder medizinische Versorgung, zur Verfügung. Eine wesentliche Bedeutung dürfte dabei der Digitalisierung zukommen, die auch auf diesem Feld zahlreiche innovative Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass ländliche Räume für alle Bevölkerungsschichten attraktiv gestaltet werden. Derzeit ziehen häufig junge Frauen aus den ländlichen Regionen weg. Besonders ihnen und jungen Familien müssen ländliche Räume langfristig eine attraktive Perspektive zum Wohnen und Arbeiten sowie auch für die Kinderbetreuung bieten. Entwicklungschancen in Stadt und Land sollen für die Menschen grundsätzlich gleichwertig sein.



ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

Ernährung und Landwirtschaft sind von grundlegender Bedeutung für die Menschen. So benötigen wir alle hochwertige Nahrungsmittel. Diese können nur von der Landwirtschaft bereitgestellt werden. Die Funktion der Landwirtschaft reicht aber über die Bereitstellung von Nahrungsmitteln hinaus, zum Beispiel indem sie mit ihrer Produktion auch zur Funktionalität ländlicher Räume beiträgt. Im Mittelpunkt der Diskussion um Ernährung und Landwirtschaft stehen allerdings auch kritische Aspekte wie Mangel- und ungesunde Ernährung sowie Nahrungsmittelverschwendung sowie die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion.

In Mitteleuropa und damit auch in Österreich werden qualitativ hochwertige Nahrungsmittel

hergestellt. Gleichzeitig stehen Konsumentinnen und Konsumenten auch Nahrungsmittel zur Verfügung, die nicht vor Ort produziert wurden. An die Ernährung, die Nahrungsmittelversorgung und an die landwirtschaftliche Produktion richten sich zahlreiche gesellschaftliche Anforderungen. Gefordert wird, landwirtschaftliche Produktion ressourceneffizienter und umweltverträglicher zu gestalten, wobei derzeit Fragen des Klimaschutzes, aber auch des Biodiversitäts- und des Bodenschutzes im Vordergrund stehen. Darüber hinaus gilt es auch, durch besseres Nährstoff-Management Kreisläufe zu schließen.

Die Praktiken in Landwirtschaft und Ernährung müssen in einem globalen Kontext gesehen und entsprechend bewertet werden. Leitmotiv ist hier

wie auch in anderen Bereichen der effiziente und nachhaltige Einsatz von Ressourcen. Dabei ist eine differenzierte Betrachtung geboten. So kann Grünlandwirtschaft – Rinderhaltung im Grünland – einen nachhaltigen Beitrag zur Proteingewinnung darstellen. Abholzung von Regenwald zum Anbau von Soja als Futtermittel, das im schlimmsten Fall weite Transportwege zurücklegt, ist sehr kritisch zu bewerten. Eine solche Viehwirtschaft ist ein unverhältnismäßiger Emittent von Treibhausgasen. Eine entsprechende Produktkennzeichnung kann hier für die Konsumentinnen und Konsumenten eine wichtige Entscheidungshilfe bereitstellen und ihnen ermöglichen, verantwortungsbewusst zu handeln.

Ernährungs- und Landwirtschaft stehen auch aus wirtschaftlicher Sicht vor großen Herausforderungen. Beide Bereiche sind stark globalisiert, so dass internationale Konkurrenz von wesentlicher Bedeutung ist und nationale Handlungsspielräume begrenzt sind. Da landwirtschaftliche Produktion vor allem „unter freiem Himmel“ stattfindet, ist Landwirtschaft einer der ganz wesentlich vom Klimawandel betroffenen Wirtschaftsbereiche. Darüber hinaus steht die Land- und Forstwirtschaft durch die – auch durch den Klimawandel bedingte – Zunahme invasiver Arten und Krankheiten unter Druck. Landwirtschaftliche Flächen werden ferner aus Gründen der notwendigen CO₂-Einsparung im Sinne der Bioökonomiestrategie – fossile Rohstoffe sollen zunehmend durch biogene Ressourcen ersetzt werden – verstärkt auch für die Erzeugung stofflicher und energetischer Ressourcen benötigt. Die resultierende Nutzungskonkurrenz trägt zu einer intensiveren Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen bei und ist ein potenzielles Konfliktthema.

Von wesentlicher Bedeutung für eine nachhaltige Gestaltung der Bereiche Ernährung und Landwirtschaft ist nicht nur die Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche, sondern die Ausgestaltung der regionalen Wertschöpfungskette der Lebensmittelwirtschaft insgesamt – von der Urproduktion über Verarbeitung bis zum Handel. Wissenschaft-

liche Ansätze und politische Lösungen müssen die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft integrativ einschließen und noch besser miteinander vernetzen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist es dabei, alle Beteiligten aus den Bereichen Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel sowie Konsumentinnen und Konsumenten gleichberechtigt in die Gestaltung der Wertschöpfungskette einzubinden. Ferner sind gesellschaftliche Effekte der landwirtschaftlichen Produktion in der Preisbildung zu berücksichtigen – ganz im Sinne der zentralen Forderung der Ökosozialen Marktwirtschaft, dass Preise die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten widerspiegeln sollen. Für landwirtschaftliche Unternehmen bedeutet dies, dass negative Umweltwirkungen zu vermeiden und Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft weiter auszubauen sind – Nährstoffrecycling ist dabei ein Gebot der Stunde.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass landwirtschaftlichen Unternehmen die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen angemessen entlohnt wird. Da es sich bei vielen dieser gesellschaftlichen Leistungen um sogenannte öffentliche Güter handelt, wird eine ausschließliche Entlohnung dieser Leistungen über den Marktpreis auch in Zukunft nicht möglich sein. Dementsprechend werden staatliche Programme weiterhin erforderlich sein. Diese sollten allerdings weniger konkrete Bewirtschaftungsvorgaben machen, als vielmehr Rahmenbedingungen schaffen, welche ein ergebnisorientiertes Erbringen von gesellschaftlichen Leistungen ermöglichen, die auf ein selbstbestimmtes unternehmerisches Engagement setzen. Auch die Möglichkeiten des technischen Fortschritts wie der Digitalisierung sind dabei umfassend zu berücksichtigen.

Wie solche Veränderungen konkret zu gestalten sind, ist noch nicht ausreichend erforscht. Deshalb ist in entsprechende Begleitforschung zu investieren. Innovative Forschungsansätze gehen inter- und transdisziplinär vor. Dies ist nicht nur wissenschaftlich geboten, sondern erhöht letztlich auch die gesellschaftliche Akzeptanz.



WISSENSCHAFT

Wissenschaft – vor allem Grundlagenforschung – wird zu einem großen Teil aus der öffentlichen Hand finanziert, sie trägt schon aus diesem Grund eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind hinsichtlich der Wahl ihres Forschungsgegenstands frei. Vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Herausforderungen sind Forschende, Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten sowie Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb von Unternehmen gefordert, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und die Ergebnisse ihrer Arbeit der Gesellschaft

zur Verfügung zu stellen. Neben Forschung und Lehre rückt damit die sogenannte „Third Mission“ der Wissenschaft in den Fokus der Debatte: die Verantwortung für die Gesellschaft und das Nutzbarmachen der Erkenntnisse. Die Aktivitäten im Rahmen der Third Mission sollten nicht als (zufälliges) Nebenprodukt angesehen werden, sondern in ein gut durchdachtes und geplantes Gesamtkonzept zum Dienst der Wissenschaft an der Gesellschaft eingebettet sein.

Für die gezielte Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen im Umgang mit vielfältigen ge-

sellschaftlichen Herausforderungen bietet sich die Wissenschaft als Beraterin für die Politik und Wirtschaft an. Die stärkere Einbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in den Politikformulierungsprozess ermöglicht eine evidenzbasierte Diskussion und Entscheidungsfindung, setzt aber auch eine entsprechende Reflexion wissenschaftlicher Praxis voraus. Grundlage dieser Reflexion sind ethische Überlegungen und eine Bereitschaft seitens der Politik, Forschungsergebnisse in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Analog gilt dies für ein weiteres Element der Third Mission, dem Transfer von Technologien und Innovationen in Form von Wirtschafts-Kooperationen.

Wenn Wissenschaft vermehrt in die Mitte des gesellschaftlichen Diskurses rückt, braucht sie für den Wissenstransfer fundierte Kompetenzen in der Kommunikation (Outreach), die aktuell (noch) nicht auf der Agenda Forschungseinrichtungen stehen und auch in den Kompetenzprofilen von Forscherinnen und Forschern noch nicht die angemessene Bedeutung haben. Für die verstärkte Nutzung von Wissenschaft für gesellschaftliche,

politische und wirtschaftliche Aufgaben braucht es auch einen Diskurs über Eigentumsrechte an Erkenntnissen, Drittmittelfinanzierung, Finanzierung von Forschungseinrichtungen durch die öffentliche Hand und Autonomie der Forschungseinrichtungen und Universitäten. Die Wissenschaft kann nur dann ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen und exzellent sein, wenn eine angemessene Finanzierung gegeben ist.

Ein breiter Diskurs auf wissenschaftlicher Basis und auch unter Beteiligung von Forschenden wäre zudem wünschenswert, um gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken. Gleichzeitig müsste auch die Politik vermehrt Erkenntnisse aus der Wissenschaft aufgreifen und deren Ergebnisse nachfragen. Dies sicherzustellen und zu fördern ist auch eine Aufgabe für die Wissenschaftskommunikation. Aufgrund der Komplexität der Herausforderungen und vorhandener Interdependenzen ist die Wissenschaft auf den internationalen Austausch angewiesen, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und Exzellenz zu erreichen.



BILDUNG

Eine zeitgemäße ganzheitliche Bildung steht für die lebensbegleitende Entwicklung der geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten des Menschen und der Förderung und Erweiterung seiner Kompetenzen im Sinne reflektierter und verantwortungsvoller Handlungs- und Problemlösefähigkeiten. Alle Jugendlichen soll befähigt werden, am Kultur- und Wirtschaftsleben Österreichs, Europas und der Welt teilzunehmen. Die Menschen sollen auch fähig sein, sich an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen zu beteiligen, diese aktiv mitzugestalten und ökologische, ökonomische und soziale Notwendigkeiten

zu erkennen und entsprechend zu handeln. Um dies zu erreichen, bedarf es Anstrengungen nicht nur im formalen Bildungssystem (vom Elementarbereich bis zu den Hochschulen) und in der dualen Ausbildung, sondern auch in außerschulischen Bildungsangeboten.

Die zentrale Aufgabe der Bildungsinstitutionen ist zweifellos, die oben angeführten Kompetenzen zu fördern und zu erweitern. Deshalb geht es nicht nur darum, deklaratives Wissen (Faktenwissen) zu vermitteln, sondern auch prozedurales Wissen (Handlungswissen) und konditionales Wissen (An-

passung an jeweilige Situationen). Zusätzlich müssen die Bildungsinstitutionen heute auch immer stärker Erziehungsaufgaben wahrnehmen, wozu unter anderem gehören: die Vermittlung und Förderung von Verantwortungsbereitschaft, Solidarität, Umgang mit Konflikten, Teamfähigkeit, Umgang mit Diversität. Darüber hinaus sollen auch der Umgang mit Kultur, demokratische Willensbildung und Eigenverantwortung gefördert werden. Mit Blick auf die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens sind Bildungsmotivation zu vermitteln und zu fördern sowie die Bereitschaft, diese Motivation erfolgreich realisieren zu können („will and skill to learn“).

Das Curriculum der Schulen ist an die sich ändernden Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen. Der Umgang mit digitalen Medien, Wirtschaftswissen, Ernährungswissen, Wissen über demokratische Verfahren und Staatsfunktionen, ökologische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge sind Beispiele dafür. Die Schulen sollten im Rahmen ihrer Autonomie auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen eingehen und inhaltliche Schwerpunkte setzen können. Für eine sinnvoll gelebte Autonomie ist die Aus- und laufende Weiterbildung der Schulleitungen eine wichtige Voraussetzung. Gleichzeitig ist es auch Aufgabe aller Lehrkräfte, sich laufend fortzubilden und in ihrem Bereich aktuelle Forschungserkenntnisse (inhaltlich, methodisch, didaktisch) direkt in fachdidaktisch adäquater Form in den Unterricht einfließen zu lassen.

Angesichts dieser Herausforderungen gilt es, eine Aufwertung des Berufsbildes zu erreichen, den Lehrberuf zu attraktivieren und damit die besten und geeignetsten Personen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit gewinnen zu können. Die Aus- und Weiterbildung muss auf hohem wissenschaftlichen und praktischen Niveau erfolgen und das Professionsverständnis auch Mitverantwortung für die Weiterentwicklung der Schule einschließen. Damit die Wissensvermittlung nicht beim Faktenwissen stehen bleibt, muss es genügend Lerngelegenheiten für Umsetzungen in Handlungswissen geben.

Vom Kleinkindalter an sollte es Aufgabe des Bildungssystems sein, einerseits individuelle Begabungen zu fördern, andererseits ein nötiges Minimum an Fertigkeiten und Kompetenzen – zu denen auch entsprechende (Fremd-)Sprachenkenntnisse zählen – zu vermitteln, an die verschiedene Aus- und Weiterbildungen anknüpfen können. Untersuchungen haben gezeigt, dass vor allem Kindergärten mit entsprechenden Möglichkeiten der sprachlichen Förderung und Verbesserungen in den primären Bildungseinrichtungen die besten Investitionen für eine breite Förderung aller Talente darstellen.



DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung bringt vielfältige Veränderungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, für die Wirtschaft und Arbeitswelt, für Demokratie und Sicherheit sowie für das gesellschaftliche und zwischenmenschliche Miteinander. Begriffe wie Big Data, Robotik, Blockchain, künstliche Intelligenz, Internet of Things und Cloud Computing umschreiben neue Entwicklungen in diesem Transformationsprozess, dessen Möglichkeiten und Konsequenzen derzeit noch nicht abgeschätzt werden können. Daher ist es wichtig, dass die gesellschaftliche Gestaltung der Veränderungen und deren politische Rahmenbedingungen einen prozesshaften Charakter haben und laufend diskutiert werden.

Künstliche Intelligenz und Automatisierung ermöglichen völlig neue Produktionsverfahren und individualisierte Vertriebsmodelle. Potenziell kann dies zu einer weitgehenden Austauschbarkeit auch hochqualifizierter Arbeitskräfte führen. Diese Entwicklungen haben aber ebenso ein enormes Potenzial für eine Humanisierung der Arbeit, weil belastende monotone oder gefährliche Arbeiten von Maschinen ausgeführt werden können. Digitalisierung eröffnet darüber hinaus neue Möglichkeiten für gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt: Diagnoseverfahren, bei denen Ärzte und Diagnosecomputer zusammenarbeiten, haben heute schon eine weit höhere Treffsicherheit als eine Diagnose durch Menschen.

Fragen der Datenhoheit kommt hierbei besondere Bedeutung zu, was einerseits rechtlicher Regelungen (für staatliche wie für privatwirtschaftliche Akteure) bedarf, andererseits aber auch eine verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung erfordert. Die Grenze zwischen öffentlich und privat verändert sich und wird aufgrund des technischen Fortschritts laufend justiert werden müssen. Dies sollte in demokratischen Aushandlungsprozessen passieren, geht es doch angesichts immer besserer Vorhersagbarkeit von menschlichem Verhalten um einen Ausgleich zwischen effizienter hoheitlicher Verwaltung (auch: Sicherheit) und Schutz der Privatsphäre sowie zwischen wirtschaftlichen Interessen und Schutz der Privatheit. Dazu braucht es ein Bewusstsein der Menschen hinsichtlich der Möglichkeiten moderner Datenverarbeitung und ihrer persönlichen Rechte, andererseits auch Rahmenbedingungen, die es allen ermöglichen, zwischen verschiedenen Angeboten eine informierte und praktikable Entscheidung zu treffen. Dabei sind verschiedene Bildungseinrichtungen ebenso gefordert wie die Medien. Der digitale Umbruch ist als Lernprozess zu begreifen, den wir als Gesellschaft gestalten müssen.

Parallel dazu verkürzen sich Aufmerksamkeits- und Reaktionszeiten. Empfängerinnen und Empfänger von Informationen werden zunehmend gleichzeitig auch zu Senderinnen und Sendern. Außerdem potenzieren sich die zur Verfügung stehenden Informationen. Kommunikation spielt sich heute immer häufiger in sich selbst verstärkenden „Blasen“ ab. Gleichzeitig werden durch partizipative Kommunikationsstrukturen bisher als Autoritäten geltende Institutionen in ihrer Legitimität in Frage gestellt, weil für fast jede Information auch das genaue Gegenteil auffindbar ist. In dieser Be-

liebigkeit finden sich für Fake News mindestens genauso viele „Belege“ wie für empirisch belegte wissenschaftliche Erkenntnisse.

Populismus und Radikalisierung sind Zuspitzungen in der politischen Kommunikation, die ein Freund-Feind-Schema nutzen, um Zustimmung zu erlangen. Dass bei verschiedenen Forderungen Konsequenzen nicht offengelegt werden oder nicht auf Politikkohärenz geachtet wird, ist ein zusätzliches Problem, das einen informierten und demokratischen Austausch über die Ziele der Gesellschaft und Maßnahmen erschwert, mit denen diese Ziele erreicht werden können.

Komplexitätsreduktion ist bei einem Wettstreit der Ideen bis zu einem gewissen Grad notwendig – dennoch ist es wichtig, dass Diskurse nicht nur nebeneinander laufen, sondern miteinander in Bezug gesetzt werden. Gelebte Interdisziplinarität kann hier einen Beitrag zur Toleranz leisten, indem verschiedene Sichtweisen und Argumente offengelegt werden und dem politisch anders Denkenden nicht von vornherein jede Legitimität abgesprochen wird. Das Problembewusstsein über Kommunikationskanäle zu schärfen, Quellenkritik zu üben und die Partizipation in demokratischen Aushandlungsprozessen frühzeitig zu vermitteln ist auch Aufgabe von Bildungseinrichtungen.



GOVERNANCE

Die Internalisierung externer Effekte mittels marktwirtschaftlicher Instrumente – die sicherstellt, dass sich Umwelt- oder soziale Kosten in den Produktpreisen widerspiegeln – zählt zu den Grundsäulen der Ökosozialen Marktwirtschaft, wie sie von Josef Riegler vor 30 Jahren formuliert wurde. Preise, die nur die privaten Kosten abbilden, gesellschaftliche Umweltkosten aber vernachlässigen, führen zu gesellschaftlich unerwünschten Auswirkungen. Unzureichende Kostenwahrheit führt beispielsweise zu einem zu geringen Preis für fossile Ressourcen im Vergleich zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten.

Dieses Problem ist heute so aktuell wie vor 30 Jahren. Durch die Klimaveränderungen, die wir heu-

te schon sehen, und die Prognosen über künftige Auswirkungen, die alle gesellschaftlichen Bereiche (Gesundheit, Ernährung, Arbeit, Wirtschaft etc.) betreffen, stehen wir vor einer neuen Dringlichkeit zur aktiven Gestaltung einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit. Durch die globalen Abhängigkeiten werden auch die Konsequenzen unseres Handelns globaler. Der Vertrag von Paris und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zeigen eine gemeinsame globale Vision, wie eine hohe Lebensqualität für die Generation Klimawandel erreicht und erhalten werden kann.

Ein sozioökonomisches System, das den Herausforderungen des Klimawandels, der planetaren Grenzen und den ökonomischen und sozialen Be-

dürfnissen gleichermaßen Rechnung trägt, muss den entsprechenden Pfadabhängigkeiten durch geeignete Governance-Strukturen auf allen politischen Ebenen Rechnung tragen (global, national, regional). Die vorherrschenden Strukturen führen in vielen Bereichen zu einer Fehlallokation, sodass externe Kosten von Produktions- und Konsumprozessen an die Gesellschaft abgeschoben werden, während Gewinne und Nutzen vorwiegend in privater Hand bleiben. Dieses ökonomische Paradigma geht mit einem dominanten sozialen System einher, das vor allem auf materiellen Konsum als Grundlage für Wohlbefinden abzielt.

Das Problem des Auseinanderklaffens zwischen privaten und gesellschaftlichen Kosten kann verschärft werden, wenn sie zeitlich und räumlich versetzt auftreten. Dies schafft Herausforderungen für effektive regulatorische Rahmenbedingungen. Ein ökosozialer Ordnungsrahmen soll diese Lücke schließen. Dazu ist auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Maßnahmen anzusetzen. Angesichts der globalen Herausforderungen sollten solche Maßnahmen im Idealfall im internationalen Gleichklang und auf Basis einer internationalen Solidarität erfolgen. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen auf unserem Planeten liegt auch im Interesse aller.

Ein „Marshall Plan für Afrika“ zum Beispiel kann die Lebensqualität und Chancen der Menschen vor Ort erhöhen und damit auch Fluchtursachen reduzieren. Auch Handelsabkommen sollten künftig verstärkt ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen, um einerseits allen Menschen menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu garantieren und andererseits negative Umweltauswirkungen durch den internationalen Handel zu vermeiden und damit die wirtschaftlichen Vorteile durch unfaire Handelspraktiken zu minimieren.

Der Finanzsektor ist hier ein wichtiger Hebel. Der regulatorische Rahmen für den Finanzsektor soll gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklungen fördern, während gleichzeitig die Finanzierung umweltschädigender Aktivitäten schwieriger werden soll. Green Finance macht Klimaverträglichkeit, Naturschutz sowie soziale Chancengerechtigkeit transparent und lenkt die wirtschaftlichen Interessen in ökonomisch und sozial nachhaltige Bahnen, da es schwieriger wird, Investitionen in ökologisch oder sozial problematische Kanäle zu lenken. Beispiele sind fossile Energieträger, Atomkraft oder Kinderarbeit.

Eine ökosoziale Steuerreform – etwa in Form einer Lenkungsabgabe – hat zum Ziel, die externen Kosten in den Konsum- und Produktionsentscheidungen widerzuspiegeln. Demgemäß würden die gesellschaftlichen Kosten, beispielsweise für die Nutzung fossiler Ressourcen, verursachungsgerecht zugeordnet. Nur wenn die tatsächlichen Kosten in die Entscheidungen privater Akteure einfließen, können marktbasierende Instrumente auch die gewünschten Effekte liefern. Eine umfassende gesellschaftliche Transformation, die von der Gesellschaft mitgetragen wird und langfristig Nachhaltigkeit fördert, wird nur gelingen, wenn dafür gesorgt wird, dass die Preise die richtigen Signale und Anreize senden und insoweit „die ökologische Wahrheit sagen“.

Eine notwendige Lenkungsabgabe als „steuerndes“ Element für Verbrauch und längerfristige Planungen muss durch einen entsprechenden sozialen Ausgleich abgedeckt werden, um Akzeptanz zu finden. Gleichzeitig sind flankierende Maßnahmen notwendig, um eine Verlagerung von Schlüsselproduktionen und Industrien ins Ausland und Praktiken von Sozial- oder Umweltdumping zu vermeiden. In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf vorbildliche Beispiele in anderen europäischen Ländern, die ihre Verantwortung derzeit besser als Österreich wahrnehmen. Von ihnen könnte man lernen. Gleichzeitig soll vor diesem Hintergrund eine aktive Vorreiterrolle entwickelt werden.

Die globale Komponente einer Steuerungsmaßnahme dieser Art muss durch entsprechende flankierende Maßnahmen abgesichert werden, um die Verlagerung von CO₂-intensiven Prozessen in Länder mit geringeren ökologischen Standards zu vermeiden. Um dies sicherzustellen, ist Steuersolidarität auf europäischer Ebene sowie ein gemeinsames und WTO-konformes Vorgehen im Binnenmarkt (Grenzsteuerausgleich bzw. Border-Tax-Adjustment) vonnöten.

Darüber hinaus könnte eine Finanztransaktionssteuer Spekulationen weniger attraktiv machen, Volatilitäten reduzieren, der Bildung künstlicher Blasen am Finanzmarkt gegensteuern und diesen Markt stärker an die Realwirtschaft anbinden. Um den kostenintensiven Herausforderungen des Klimaschutzes zu begegnen, die nicht alleine von öffentlicher Hand getragen werden können, ist es essenziell, die Spielregeln so zu formulieren, dass der Finanzsektor die globalen Bemühungen zum Klimaschutz nicht behindert, sondern unterstützt. So stünden auch mehr Mittel für die Transformation von einer fossil basierten in eine „biobasierte“ Wirtschaft zur Verfügung. Gleichzeitig könnten die Kosten für die Anpassungen an nicht mehr vermeidbare Auswirkungen des Klimawandels gefördert und negative Entwicklungen abgedeckt werden.

ÖKOSOZIALES FORUM ÖSTERREICH & EUROPA

Das Ökosoziale Forum wurde 1992 von Josef Riegler als eine von der Tagespolitik unabhängige Plattform für die Weiterentwicklung der ökosozialen Idee gegründet. Heute ist das Ökosoziale Forum ein Think-Tank, der sich für die Umsetzung des ökosozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells in die praktische Politik einsetzt. Dies geschieht sowohl auf österreichischer als auch auf europäischer Ebene. Durch die aktive Beteiligung an einem öffentlichen Diskurs und die Herausgabe von Informationsbroschüren schlagen wir in unserer Arbeit eine Brücke in die Praxis und agieren immer mehr auch als „Do-Tank“, indem wir zeigen, wie jede und jeder Einzelne in seinem Umfeld zur Verwirklichung der ökosozialen Idee beitragen kann.

Durch intensive Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Disziplinen, arbeitet das Ökosoziale Forum laufend an der Weiterentwicklung der Idee

und an Maßnahmen, welche die politische Umsetzung unterstützen. Mit Publikationen, Veranstaltungen, Workshops und Projekten wird eine breite Öffentlichkeit mit der Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft erreicht.

Durch Ökosoziale Foren in den österreichischen Bundesländern, das Ökosoziale Studierendenforum, das Ökosoziale SchülerInnenforum und Ökosoziale Foren in anderen europäischen Ländern wird die Idee in verschiedene Regionen und in unterschiedliche Altersgruppen getragen. Gemeinsam setzen wir uns für die Umsetzung der ökosozialen Idee ein und laden Interessierte ein, das eine oder andere Puzzleteil zum Gesamtbild der Ökosozialen Marktwirtschaft beizutragen. Denn: Der Generationen Klimawandel dauerhaft ein gutes Leben zu ermöglichen ist eine Aufgabe für uns alle. Weitere Informationen zu unserem Netzwerk und den Veranstaltungen finden sich unter ökosozial.at.

Impressum

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Ökosoziiales Forum Österreich & Europa,
Herrengasse 13, 1010 Wien, www.ökosozial.at

Erscheinungstermin: November 2019
© Ökosoziiales Forum Österreich & Europa

Besonderer Dank gilt folgenden Personen für ihren wertvollen Beitrag in der Erarbeitung dieses Papiers: Christoph Badelt, Heinz Faßmann, Bettina Fuhrmann, Jochen Kantelhardt, Angela Köppl, Beate Littig, Fred Luks, Nebojša Nakićenović, Marianne Penker, Christiane Spiel und Michael Staudinger.
Dieses Grundsatzpapier steht auch auf der Website des Ökosozialen Forums www.ökosozial.at/grundsatzpapier2019 zum Download zur Verfügung.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens
Druckerei Janetschek GmbH · UW-Nr. 637

wir.machen.zukunft